

# Nebeneinkünfte: Berufsbedingt oder Lobbying?

«Lobbyismus: Die blinden Flecken von Bundesbern»  
Ausgabe vom 30. Dezember

Mit Verwunderung habe ich den Artikel gelesen, in dem insbesondere bürgerliche Politiker und meine Person erneut als Beispiel für angeblich fehlende Transparenz im Bundesparlament herangezogen werden. Unkritisch wird dabei die Organisation Lobbywatch zitiert, die wider besseres Wissen bezahlte Politmandate mit unternehmerischer Tätigkeit vermischt – also mit Verantwortungspositionen, wie sie jeder KMUler kennt.

An meinem Beispiel kann ich den Sachverhalt aufzeigen: Mehr als die Hälfte der von Lobbywatch aufgeführten Mandate sind mit meinem Beruf als Unternehmer im Bau/Gebäudetechnik-Bereich verbunden. Die von mir unternehmerisch kontrollierten Firmen beschäftigen insgesamt rund 170 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (siehe auch [www.ghnet.ch](http://www.ghnet.ch)). Mit Lobbyismus haben diese Mandate aus meiner Sicht nichts zu tun. Vielmehr sehe ich mich in gesellschaftlicher Verantwortung gegenüber den Mitarbeiterin-

nen und Mitarbeitern unserer KMUs und gegenüber ihren Familien.

Absurderweise stellt Lobbywatch sogar mein Engagement im Umfeld der Hochschule Luzern auf diese Mandatsliste. Mit Verlaub: Eine solche Vernetzung oder ein Engagement in einer Standesorganisation sind kein Makel, sondern Ausdruck des bewährten Schweizer Milizsystems, das davon lebt, dass Politikerinnen und Politiker in der realen Gesellschaft verankert bleiben. Schon mehrmals habe ich das genannte Institut auf die strukturellen Mängel ihrer Erhebung aufmerksam gemacht. Für mich als Unternehmer ist klar: Solange Organisationen wie Lobbywatch nicht fähig oder willens sind, zwischen Unternehmertum und politischen Mandaten zu unterscheiden, nehme ich ich ihre Erfassung nicht ernst. Ich halte fest: Transparenz ist wichtig, die Erfassung darf weder oberflächlich noch plakativ sein und die verkürzte Darstellung sollte nicht medial missbraucht werden.

Peter Schilliger, Unternehmer  
Gebäudetechnik und Nationalrat FDP,  
Urdligenswil

Der Wähler-Einfluss auf Parlamentarier tendiert nach der Wahl gegen Null. Das zeigt sich daran, wie sich unsere Politiker und Politikerinnen um das Transparenzgesetz foutieren.

Als Wähler will ich aber wissen, von welchen Firmen, Institutionen, Verbänden oder Interessengemeinschaften der von mir gewählte Politiker unterstützt und unter Umständen auch instruiert wird. Wenn nur rund 25 Prozent der Parlamentarier dieser Vorgabe zu 100 Prozent Folge leisten, ist es für Wähler eine Black-Box, für welche Werte, Meinungen oder Interessen «mein» Politiker einsteht. Die Volksinitiative «No Lobbying» will in der Bundesverfassung verankern, dass kein Politiker in einer Kommission vertreten sein darf, für welche er ausgewiesene wirtschaftliche oder politischen Interessenbindungen ausweist. Eines der Mandate von Herrn Schilliger (Vorstand Vereinigung der Privaten Aktiengesellschaften) wäre nicht mehr kompatibel mit der Einsitznahme in der Finanzkommission des Nationalrates.

Roland Schwizer, Kampagnenleiter  
«No Lobbying», Kriens